

KK-Policy Analyse – Zusammenfassung – HS14

Intro:

Polity: Institutionen, die sowohl Ideen & Ideologien als auch die formalen Regeln und Normen eines politischen Systems umfassen → Bundesverfassung, Parlament, Oberstesverfassungsgericht, Bundesrat

Politics: Politisches Prozesse, in dem verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Wertesystemen und Interessen (Bsp. Parteien) versuchen auf die Politik Einfluss zu nehmen → auch Bundesrat

Policy: Aktion oder nicht Aktion einer politischen Autorität in Bezug auf ein spezifisches Problem. Öffentliche Policies beziehen sich auf Taten von öffentlichen Akteuren und Politische Handlungen sind fokussiert auf ein Problem. Policies sind Inhalte die sich auf die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse beziehen durch verschiedene Handlungsmöglichkeiten: Gesetze, Programme etc. → Energiepolitik (Atomausstieg?), Lovelifecampaign, Rauchverbot
Dabei gibt es verschiedene Typen von Massnahmen:

Massnahmen	Sind Steuerungsprinzipien (Bsp. Subventionen)
Projekt	Gruppe von Massnahmen (befristet)
Programm	Gruppe von Massnahmen (unbefristet)
Strategie	Gruppe von Projekten/Programmen
Politik	Gruppe von Projekten, Programmen und Strategien

Bsp. Energiepolitik: Gruppe von Projekten, Programmen und Strategien
Policies betreffen uns, wenn auch nicht immer direkt, im alltäglichen Leben. Sie sind konkret und wichtig da sie einen grossen Einfluss auf das Leben von Menschen haben. Sie sind konstruktiv und wollen Probleme lösen, sie umfassen viele Teilbereiche.

Policy Analyse:

Versucht das Zustandekommen einer öffentlichen Politik, einschliesslich deren Wirkung, zu erklären.

	Abhängige Variable	Unabhängige Variablen	
‚klassische‘ Fragestellung	Polity	Politics	Polity
‚politische‘ Fragestellung	Politics	Polity	Policy
Policy Analyse	Policy	Polity	Politics

Abhängige Variable: Was erklärt werden soll

Unabhängige Variablen: Zur Erklärung herangezogen

Waffenkontrolle in den USA

Die USA hat eine **einzigartige** Waffenkontrolle und einen überdurchschnittlichen Waffenbesitz im internationalen Vergleich. Auch haben Länder wie die

Schweiz die in solchen Vergleichen ebenfalls Auffallen **starke** Waffen und Munition **Regulationen** welches das Benutzen dieser Waffen ausserhalb beauftragter Institutionen verunmöglicht. Es scheint eine Korrelation zu geben zwischen Gewaltverbrechen und Morden durch Feuerwaffen und dem durchschnittlichen Besitz von Waffen (Süden der USA mehr Waffen, mehr Morde). **Je mehr Waffen desto mehr Waffentote**. In den USA deutlich mehr Tote als alle anderen OECD Staaten.

Der Ursprung dieses Gesetzes ist in der amerikanischen Verfassung zu finden im **2. Zusatzartikel**. Die Auslegung des Zusatzartikels ist sehr umstritten, die einen sagen es gelte für alle und alle haben das Recht eine Handfeuerwaffe zu besitzen, während andere sagen es beziehe sich nur auf die Miliz und das sie Waffen bei sich tragen dürfen.

Die Waffenkontrolle ist in jedem Staat anders, manche haben strengere Kontrollen eingeführt, andere haben sog. **Stand-your-Ground** Gesetze, die es den Leuten erlauben sich mit einer Waffe zu wehren anstatt sich zurückziehen zu müssen. Das heisst wenn sich jemand angegriffen fühlt darf er seine Waffe benutzen, wenn Jemand ins eigene Haus eindringt oder das Grundstück gegen eigene Erlaubnis betritt, hat man die Erlaubnis auf den ‚Eindringling‘ zu schießen.

Föderalistischer Aufbau des Landes zeigt sich bei den starken **unterschieden** der **Waffengesetzhandhabung** in den einzelnen Staaten. Es kommt immer wieder zu Amokläufen und sog. Massshootings. Der Amoklauf von Newtown veranlasste den **Präsidenten** zu versuchen **neue Regulationsmechanismen** für alle Staaten obligatorisch zu machen (Bsp. **Backgroundchecks**, keine halbautomatischen Waffen mehr, begrenzte Munition Magazine).

Schlussendlich wurde es **nicht durchgesetzt**, da es keine grosse Mehrheit für die neuen Regulationen gab. Jedoch beeinflussen Amokläufe die Meinungen der Leute (fokussierende Ereignisse).

Einer der grössten Akteure zur Thematik in den USA ist die **NRA** die sich durch **Lobbying** Politiker ‚einkauft‘ und diese für ihre Interessen einstehen lässt. Die NRA glaubt, dass mehr Waffen zu mehr Sicherheit führen, zum Beispiel haben sie mehr Waffen an Schulen als Massnahme gegen Amokläufe vorgeschlagen. Lobbying bedeutet das grosse Firmen oder Interessengruppen durch ‚Spenden‘ ihnen wohlgesonnene Politiker unterstützen (NRA hauptsächlich Republikaner). Die NRA hat ein grosses, festes Budget jährlich für Lobbying bereit. Umso näher ein Politiker vor einer Wiederwahl steht umso mehr ist er pro-gun.

Studien beweisen das mehr Waffen zu mehr Morden führen und vor allem in Staaten mit Stand-your-Ground Gesetzen exponentiell mehr Morde passieren(9%), auch Selbstmorde.

Fazit: - Die Waffenkontrolle in den USA ist ein Beispiel eines Policy-Bereichs

- Die Waffenpolitik der USA ist im internationalen Vergleich eigenartig
- Der von Obama initiierte Reformversuch nach dem Amoklauf von Newtown im Dezember 2012 ist gescheitert.

- Dies kann auf die Wiederwahl-Bemühungen der Senatoren und auf die institutionelle Gestaltung des Senats zurückgeführt werden.
- Mehr Waffen, weniger strikte Waffenkontrolle = Mehr Morde und Selbstmorde

Gesundheitspolitik

Gesamtheit aller Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Gesundheit der Bevölkerung, besonders die Krankheitsbehandlung und der Gesundheitsvorsorge. Sie ist ein wichtiger Teil der Sozialpolitik, wovon die Wohlfahrtspolitik eine institutionalisierte Form ist.

Gesundheitskosten steigen stetig und stark. Es gibt verschiedene Faktoren die für diese Kostensteigerungen verantwortlich sind, vor allem die **Überalterung** der Bevölkerung und die stetige **technische Weiterentwicklung**. Es scheint wenn die Gesundheitsdienste eines Landes **staatliche organisiert** und kontrolliert sind, dann wird **weniger Geld** investiert. Aber die Gesundheitsausgaben alleine sind nicht Aussagekräftig über die Qualität eines Gesundheitssystems.

Es gibt 3 Formen von Gesundheitspolitik:

Staatliche Gesundheitsdienste (GB, SP):

Werden durch **Steuern** finanziert, also tragen alle dazu bei und bietet somit **kostenlose medizinische Versorgung** der Bevölkerung und ein staatliches Leistungsangebot. Der Staat legt somit auch fest wie viele Steuergelder in Gesundheitsdienste investiert werden und diese Dienste sind Staatlich organisiert. Es gibt **keine Versicherung** im eigentlichen Sinn.

Sozialversicherungssystem (DE, FR):

Es gibt gesetzliche **Pflichtversicherungen** und Beitragsfinanzierung. Das System unterliegt grosser, **staatlicher Kontrolle**, hat jedoch ein überwiegend privat getragenes Angebot. Es ist **sozial organisiert** da je grösser der Verdienst ist umso mehr Geld zu bezahlen ist. Arbeitgeber und –nehmer involviert.

Privatversicherung (USA, CH):

Existiert in reiner Form nicht mehr. Es gibt **individuelle Krankenversicherungen** die **privatwirtschaftlich** organisiert sind und somit sind die Prämien individuell und der Arbeitgeber ist nicht involviert. Es gibt einen Wettbewerb zwischen den Kassen.

CH:

In der Schweiz sind **60%** der Gesundheitsdienste **Staatlich** organisiert der Rest privat. 10% des Schweizer Bruttoinlandproduktes sind Gesundheitskosten.

1911: keine Obligatorium, keine homogene Deckung, grosse Freiheit von Ärzten, Patienten, Kantonen und Krankenkassen, ← durften Patienten ablehnen.

1994: Obligatorium, homogene Grunddeckung, Krankenkassen durften keine Patienten mehr ablehnen aber dafür **Risikoausgleich**(Kassen mit guten Risikoprofilen müssen Kassen mit schlechteren Geld überweisen), Prämien unabhängig von Einkommen, Prämienverbilligungsmassnahmen, Akteure immer noch sehr frei, dadurch grosse Kosten und grosse Komplexität die es schwer Steuerbar machen.

Der jährliche **Preisanstieg der Prämien** ist problematisch und nur marginal durch Teuerung begründet. Deshalb wurde die Prämienverbilligung eingeführt. Die **Kantone** erhielten den Auftrag die Prämien zu verbilligen, wie war ihnen relativ **frei** gesetzt. Sie können also selbst bestimmen wer, ab wann und wie viele Subventionen jemandem zu kommen. Auch ist z.B. die Ermittlung, ob man Prämienverbilligung erhält, ist verschieden geregelt, manche werden per Post informiert und andere müssen es selbst herausfinden. Die Steigung der Prämien ist schlecht Subventioniert und bei gleichen Prämien zeigen sich starke Unterschiede bei den Subventionen.

Diverse Reformen des Gesetztes, manche waren zuerst nur als Übergangslösung gedacht, wurden dann aber permanent angewendet. Bsp. 2008 gab es eine grosse Reform, die dazu führte, dass nicht mehr nach Person gewertet wird, sondern nach Fall. Das heisst, das Mandelntentfernen nun gleich Teuer für alle ist. Verschiedene Initiativen wurden lanciert und abgelehnt, oft weil die Leute eine **Einschränkung ihrer Freiheiten fürchten**.

USA:

Vor dem Affordable-Care-Acts war die **Privatversicherung** der Leute mehrheitlich **über den Arbeitgeber finanziert**, welche oft die ganze Familie abdeckte. Es gab also einen Kollektivvertrag über Arbeitgeber, welcher Arbeitnehmer Beiträge auszahlte. Für **Arbeitslose** gab es **COBRA**, welches jedoch durch die Finanzkrise abgebaut wurde und 4-5x teurer war. Unabhängige Arbeiter und Besitzer eigener Geschäfte mussten sich privat Versichern. Es gab **keine Versicherungspflicht**. Die einzelnen **Dienstleistungen** waren sehr **Teuer** durch die Privatisierung.

Es gab noch ein paar nationale Programme wie Medicare.

Medicare: national seit 1965, für Personen **über 65** oder Leute mit **speziellen Behinderungen**.

Medicaid: ebenfalls 1965 eingeführt, von den Staaten und dem Bund finanziert, von den **Staaten** alleine **Verwaltet**, für **Bedürftige und Kinder**.

→ die staatliche Verwaltung führte zu grossen Unterschieden **pro Staat** von nicht Versicherten und andere **grosse Unterschiede** bei Einkommenskategorien.

Affordable-Care-Act:

Das Ziel des ACA ist die **Ausbreitung der Versichertendeckung** von 85% zu 95%.

Wie?

- **Versicherungspflicht:** employer Mandate → ab 50+ Mitarbeiter muss eine Versicherung zur Verfügung gestellt werden, individual Mandate → arbeitslose und selbständige müssen sich versichern)

- **Ausbau von Medicaid:** Durch Subventionen vom Bund, die Staaten bekamen viel Geld vom Bund, Problem: wollten trotzdem nicht ausbauen

Vor allem südliche Staaten weigerten sich, die Gründe waren meist ideologischer Natur, es sei ‚Gegen‘ die Verfassung und man fürchtete mehr Kontrolle vom Bund da dieser so an Macht gewinnen würde.

Mit **HealthCare.org** verschiedene Versicherungen offeriert. → funktionierte Anfangs gar nicht, was bedeutete ACA hatte ‚versagt‘.

Die Hauptelemente des ACA waren **Subventionen** und die **Privatversicherungsreform**. Die Subventionen kamen in verschiedenen Formen, Prämienkredite und Subventionen für Leute mit tiefen Einkommen und Steuerabzüge für kleine Unternehmen mit tiefen Löhnen. Bei der Privatversicherungsreform wurde der **Versicherungsausschluss** wegen Gesundheitszustandes **verboten** und es wurde **Verboten** eine **Höchstgrenze von Versicherungsleistungen** festzulegen. Somit werden die Privatversicherungen mehr reguliert.

Die **Umsetzung** umfasst viele verschiedene Schritte und ist sehr **komplex**.

Während der Anmeldezeit sank die Zahl der nicht versicherten um 5%. In den meisten Staaten nahm die Zahl der Nichtversicherten ab. Jedoch ist die Reform eher **unpopulär**, vor allem bei Republikanern. Viele wollen es sogar, auf Grund ihrer Ideologischen Haltung, wieder abschaffen. Dies zeigt sich stark wenn man Umfragen für ADA und Obamacare vergleicht, wobei Obamacare deutlich schlechter abschneidet obwohl es das gleiche ist. Auch ist z.B. die Verhütungspille Teil der Healthcare und viele Unternehmen wollen aus religiösen Gründen diese nicht bezahlen.

Fazit:

- Gesundheitspolitik: Massnahmen, welche die Gesundheitsvorsorge und den Zugang zu den Pflegeleistungen prägen

- Typen von Gesundheitssystemen: Staatliche Gesundheitsdienste, Sozialversicherungssysteme, Privatversicherungssysteme

- Entwicklung der Gesundheitsausgaben: sie nehmen stetig zu, aber grosse Länderunterschiede

- Hauptsachverhalte des schweizerischen Gesundheitssystems

- Hauptsachverhalte des Gesundheitssystems der USA

KernKonzepte

Theorie

Eine Theorie ist ein System von aufeinander bezogenen Aussagen. Es müssen Voraussetzungen und Randbedingungen angegeben werden, unter denen diese Aussagen gelten. Aus der Theorie sollten sich Annahmen über künftige Ereignisse ableiten lassen.

Warum? Theorien sind dazu da die Realität zu erklären, eine gute Theorie bietet Hilfe dabei die komplexe Realität zu verstehen. Da eine Erklärung zwingend eine Vereinfachung ist, sind Theorien vereinfacht. Theorien helfen zum Beispiel Statistiken zu verstehen, die Realität zu strukturieren und bieten provisorische Antworten auf Forschungsfragen. Theorien sind immer nur hilfreich für einen Teilbereich → MeinZiel? Ziel der Theorie.

Was? Provisorische, präzise, relevante Antwort auf eine Forschungsfrage die es zu überprüfen gilt.

Methoden

Methoden sind ein **Forschungsweg** zur Erfassung von ‚Realität‘. Es geht also um Verfahren der Informationsgewinnung und -auswertung. Es gilt ein **Methodenpluralismus**.

Forschungsfrage

Leitet die Forschung, basierend auf einem Problem, ist theoretisch und praktisch relevant.

Modell

Ein Modell ist eine spezifische Theorie. (eine systematischere Form von Theorie)

Hypothese

Basiert auf der Frage: Wenn eine Theorie richtig ist, was sollten wir empirisch beobachten können? Also ist eine Hypothese eine Antwort die es zu überprüfen gilt (Bsp. umso mehr Ärzte, umso höhere Kosten? → Überprüfen!)

Variable

Operationalisierung eines Begriffes oder Konzeptes. (Operationalisierung: How do we know it when we see it?) Begriffe werden so definiert das die Sachverhalte die sie beschreiben empirisch beobachtbar und messbar werden.

Begriff

Ein Phänomen das man definieren will, zu definieren ist und dessen Eigenschaften. Also ein Wort das den Begriff beschreibt.

Typologie

Eine systematische Ordnung von Phänomenen die auf Typen basiert sind. Phänomene werden in eine Art Gattung zusammengefasst. Müssen für die Forschungsfrage sinnvoll sein und die Realität vereinfachen.

Bsp. Regulative Politik (Regeln die das soziale Handeln steuern sollen), Distributive Politik (neue Ressourcen Verteilung), Redistributive Politik (Ressourcen Umverteilung)

Konvergenz

Das Ausmass, um das Politiken in einem Land im Zeitverlauf einander ähnlicher werden. Ist offen gegenüber Mechanismen die dazu führen.

Policy Zyklus

1. **Problem Definition**

- Policy-Narratives (Natur und Ausmass das es zu lösen gilt, Ursachen, Vermutliche Effekte der Policy auf das Problem)
- Framing (Wie wird das Problem formuliert)

2. **Agenda Setting** (Probleme im Fokus der Politik (at any given time), Probleme zu denen die Politik eine Meinung hat)

3. **Entscheidung & Nichtentscheidung**

- Gebote & Verbote, Güter und Dienstleistungen, Finanzielle Anreize, Überzeugung
- Outputs (unmittelbares Ergebnis des Entscheids) & Outcomes (Folgen des Entscheids)

4. **Implementation** (Umsetzung)

- Zielunklarheit (Gesetz lässt vieles offen, wortwörtliche Umsetzung nicht möglich)
- vier Dimensionen (Auftragsverständnis, Handlungen, Prioritäten (trade-offs), Fortschrittsevaluation)
- Street-level-Bureaucracy (tatsächlich Umsetzende (Lehrer, Polizist, Sozialarbeiter)

5. **Evaluation**

- Drei Dimensionen (Programmischer, Verfahrensbezogener und Politischer Erfolg)
- Evaluationsforschung

6. **(Terminierung) (selten)** = Abschaffung einer Policy

- meisten Probleme nicht definitiv gelöst
- Policy-Feedbacks (eigene Weiterentwicklung steuern)

Policy-Zyklus Probleme:

- Deskriptiv nicht exakt in der Realität überschneiden sich Phasen
- Policy Gestaltung ist nicht wirklich linear.
- nicht für alles geeignet, aber guter Startpunkt

Multiple-Stream Ansatz

Von Mülleimermodell abgeleitet, Ansatzveränderung damit es auf die Politik anwendbar ist. Ein sehr **rationales Modell**, das jedoch an die Grenzen der Realität stösst (,often a poor description of what actually happens‘).

Das Mülleimermodell ist für Entscheidungsprozesse von grossen Organisationen.

Mülleimermodell:

1. Akteure haben **keine festen Präferenzen** (sie können sich ändern)

2. Akteure verstehen **Entscheidungsprozesse nur teilweise**

3. Gremien werden immer wieder **neu zusammengesetzt**

(sind realistische Annahmen, diese Faktoren stellen Rationalität der Entscheidungen nicht sicher)

Wie kommt es zu einer Entscheidung? Sie entstehen **spontan** durch Einflüsse von **4 Strömen** und deren Interaktion:

Probleme, Lösungen (Entwickeln sich manchmal unabhängig von Problemen), Teilnehmer (richtige Zusammensetzung, Zusammenarbeit), Wahlmöglichkeiten (realistisch?)

Multiple-Stream Ansatz

- Muss keine systematische Verbindung zwischen Problem und Policy geben
 - Problem-, Politik- und Policy-Strom → Politik-Unternehmer versuchen diese zusammen zu bringen damit ein 'Möglichkeiten Fenster' entsteht
1. **Problem-Strom** (Im Policy-Zyklus zwischen Problemdefinition und Agenda Setting)
 - Indikatoren (Prämiensteigerung)
 - Fokussierende Ereignisse (können grossen Einfluss haben (Fukushima → Atompolitik))
 - Feedbacks
 2. **Politik-Strom** → entsteht aus Politik-Unternehmern
 - ‚Zeitgeist‘ – ‚Nationale Stimmung‘
 - Machtverteilung der organisierten Interessen
 - Regierungs- und Verwaltungswechsel
 3. **Policy-Strom**
 - Viele verschiedene Ideen Anfangs (‚Überproduktion‘)
 - Vorschläge schon länger vorhanden, braucht ein ‚Problem‘ um Aufmerksamkeit zu bekommen
 - verschiedene Akteure involviert (bsp. Bürokraten, Wissenschaftler, Think-Tanks* etc.)
 - *Versuchen vorzeitig den Policy-Strom zu beeinflussen, entweder durch Beeinflussung des ‚Zeitgeistes‘ oder durch Lobbyismus Bsp. Avenir-Suisse
 4. **Policy Windows** (Durch Problem- oder Politik-Strom geöffnet, alternative Lösungen müssen bereit sein (Policy-Strom))
 5. **Politik-Unternehmer**, entweder konkrete Personen oder Think-Tanks, sind in guter Position um Ereignisse zu nutzen, vertreten die Lösung

Fazit:

- Politische Entscheidungsprozesse können eine relativ grosse **zufällige** Dimension haben
- Es gibt nicht unbedingt eine lineare Beziehung zwischen Problemen und Lösungen

- Drei Ströme, die sich relativ unabhängig voneinander entwickeln: Probleme, Policies, Politik, Probleme und Lösungen entstehen **Parallel, nicht linear**
- Die Wahrscheinlichkeit einer Entscheidung hängt von der Verbindung der drei Ströme ab

Principal-Agent- und Vetospieler-Ansatz

Principal-Agent-Ansatz

Der Principal-Agent-Ansatz geht von **vollständiger Rationalität** aus. **Jeder Akteur** hat zu **jeder Alternative eine Meinung/Präferenz**, also eine klare Meinung zu jeder Option. In Gremien hat jeder Teilnehmer transitive Präferenzen (ein Akteur $A > B$ und $B > C$ dann $A > C$). Diese sind festgelegt bevor der Entscheidungsprozess beginnt.

Akteure haben räumliche Präferenzen. Das heisst alternative Policies können als Positionen in einer Funktion dargestellt werden. Es gibt eine **Nutzenfunktion** (nutzen für bst. Akteure) und einen **Idealpunkt**, welcher das Nutzenmaximum für einen Akteur darstellt. Diese Nutzenfunktion kann **eine** (politische Positionen von Richtern des Oberstengerichtshofes) oder **mehrere Dimensionen** umfassen. Die Realität ist meist komplexer, die Idee bleibt jedoch die gleiche. Der **Status quo** zeigt die gegenwärtige Policy an und dient als Vergleichspunkt. Die **Indifferenz-Kurve** stellt alle Alternativen dar die ein Akteur als gleich gut, im Vergleich zum SQ, einschätzt. Sie muss durch den SQ gehen.

Als **Winset** bezeichnet man den Schnittpunkt aller Indifferenz-Kurven, alle stimmen zu.

In diesem Ansatz geht es um **Delegation**, der Principal (Bsp. Arzt) besitzt Kompetenzen und beauftragt den Agenten (Bsp. Patient). Hierbei gibt es eine **Informations-Asymmetrie** welche problematisch ist. Andere grosse Probleme, die sind **Adverse-Selektion** (durch empfehlung, nicht einfach beobachtbar wer gut/ schlecht ist) und **Moral Hazard** (macht der Agent seine Arbeit gut?).

Mit der **Bureaucratic-Drift** (Bürokratische Verschiebung) bezeichnet man den Unterschied zwischen dem **Gesetz** und seiner **Umsetzung**. Auch besagt er das die **öffentliche Verwaltung eigene Präferenzen** hat. Unklarheiten und Probleme bei der Umsetzbarkeit eines Gesetzes führen zu einem grösseren Handlungsspielraum der öffentlichen Verwaltung. So wird die **Implementation** ein eigener Punkt auf der Nutzenfunktion. Die Kreise zeigen den Handlungsspielraum der Implementation, in dem Moment in dem sie auf einer Linie zwischen den Akteuren ist kann es nicht mehr ‚besser‘ werden. Dementsprechend kann auch eine nicht wortwörtliche Umsetzung eines Gesetzes eine gute Lösung sein.

Vetospieler-Ansatz

Als Vetospieler gelten **Individuelle Akteure** sowie auch **kollektive Akteure** (eine Partei) deren Zustimmung nötig ist um den SQ zu verändern. Es gibst dabei zwei Arten von Vetospielern, **Institutionelle** (Regierung, Parlament) und **Parteipolitische** (Mitglieder der Regierungskoalition).

Die **Politikstabilität** wächst mit der Anzahl Vetospieler und dem Abstand zwischen diesen. Umso mehr Vetospieler umso kleiner das Winset. Vetospieler können auch absorbiert werden wenn sie im 'Politikraum' zwischen anderen Vetospielern sind. Während es die Politikstabilität steigert, viele Vetospieler zu haben, **sinkt** es die Fähigkeit der Regierung **wichtige Gesetze** zu verabschieden.

Fazit

- Annahmen der Theorien rationalen Handelns
- Prinzipal-Agent-Ansatz: Problem der Delegation → Adverse Selektion und Moral Hazard führen zu Umsetzungsschwierigkeiten
- Vetospieler sind individuelle oder kollektive Akteure, deren Zustimmung erforderlich ist, um den Status quo zu ändern
- Vetopunkte (in etwa) institutionelle Vetospieler
- Konsequenzen auf Politikstabilität
- Vetospieler als Standardmass für politische Institutionen in der quantitativen Forschung (aber immer sinnvoll?)

Pfadabhängigkeit und Policy Drift

Pfadabhängigkeit

Die Pfadabhängigkeit ist ein wichtiger Begriff für die Policy Analyse. Sie geht davon aus, dass die Vergangenheit die Zukunft beeinflusst. Eine Entscheidung die zu Beginn eines Themas getroffen wird, ist der Beginn eines Pfades. Anfangs ist ein Richtungswechsel noch relativ einfach aber spätere Richtungswechsel werden dadurch stark verkompliziert und sind sehr teuer. Ein Richtungswechsel ist zwar nicht unmöglich aber nicht wünschenswert.

Pfadabhängigkeiten haben drei Charakteristiken:

1. Sequenz wichtig, **Frühe Ereignisse**/Entscheidungen sind besonders bedeutsam
2. Die Ereignisse haben eine grosse zufällige Komponente, sind grundsätzlich **zufällig**
3. An Kreuzungspunkten zufällige Richtung, aber sobald ein **Pfad** eingeschlagen wurde **folgt** man diesem.

Adaptive Erwartungen können auch einen **Einfluss** auf die Pfadabhängigkeit haben. Dies zeigt sich z.B. bei sozialen Netzwerken wie Facebook (zuerst da, Pfad) und Google+. Die Nutzer bleiben bei Facebook da, 'alle' es haben egal ob nun Google+ besser wäre oder nicht, da die kritische Masse sich bereits festgesetzt hat. Früher kommende Alternativen hätten vielleicht mehr Erfolg. Aber es könnte auch umgekehrt sein, alle wechseln weil sie denken, dass alle anderen wechseln.

Positive Feedbacks:

- Frühe Ereignisse sind zufällig aber auch sehr wichtig
- Diese Prozesse können nicht klar vorhergesagt werden

- Je weiter im Prozess man ist, desto schwieriger sind grosse Veränderungen
- Das Ergebnis kann ineffizient sein
- Klassisches ökonomisches Beispiel: QWERTY (oder bei uns QWERTZ) Tastatur (gegen DVORAK) (David 1985) → DVORAK wäre effizienter. Grundsätzlich wäre es Virtuell möglich (heute einfacher) aber Leute müssten neu-lernen was das Ganze verkompliziert

In der Politik zeigt sich das Policies Meinungen beeinflussen und somit die Wechselmöglichkeiten stark einschränken. So scheint die Waffenpolitik der USA von aussen seltsam, wird jedoch von den Amerikanern als weitgehend normal betrachtet. Ausserdem wenn eine Policy erstmals durchgesetzt wurde, ist sie beinahe irreversible (bsp. ACA, neue Leute die dadurch versichert wurden, Institutionen geschaffen etc.). Jedoch kann man Teile einer Policy ändern, braucht keinen kompletten Pfadwechsel.

Policy-Drift + Vier Möglichkeiten von Policy Wandel

		Interne Policy-Umsetzung	
		Schwer	Einfach
Policy Wandel	Schwer	Drift	Konversion
	Einfach	Schichtung	Revision

Revision: Standard Policy-Veränderung durch neue Gesetze (auch Abschaffung)

Konversion: Die Policy bleibt die gleiche, wird aber für neue Zwecke genutzt (Bsp – CH: IV wird noch Zusätzlich genutzt, um ältere Arbeitslose die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr haben, jedoch zu jung für Rente sind, zu unterstützen.)

Schichtung: Neue Policies werden eingeführt, die später alte Ersetzen sollen, heute aber noch nicht verändert werden (können). Die Ursprungspolicy kann nicht geändert werden, also werden alternative Policies angeboten die parallel funktionierten in der Hoffnung später die alte abschaffen zu können.

Drift: Eine stabile Policy verändert sich durch neue Umstände. Die Policy ist dementsprechend nicht mehr den Bedürfnissen angepasst, wird aber nicht adaptiert. Kann ein ‚übersehen‘ sein aber auch eine politische Strategie (Bsp. Prämien haben sind stark gestiegen aber die Subventionen verhältnismässig wenig.)

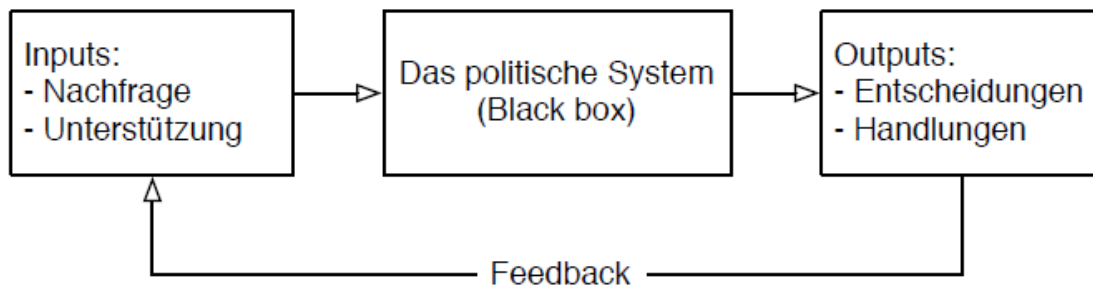
“Drift: changes in the operation or effect of policies that occur without significant changes in those policies' structure. The major cause of drift in the social welfare field is a shift in the social context of policies, such as the rise of new or newly intensified social risks with which existing programs are poorly equipped to grapple. The hallmark of change of this sort is that it occurs largely outside the immediate control of policymakers, thus appearing natural or inadvertent. The question for policymakers becomes whether and how to respond to the growing gap between the original aims of a policy and the new realities that shifting social

conditions have fostered." (Hacker 2004, 246)

Fazit:

- Temporale Dimension von öffentlichen Politiken
- Pfadabhängigkeit: lockere vs enge Definitionen
- Pfadabhängigkeit und zunehmende Erträge
- Relevanz von Entscheidungen und nicht-Entscheidungen
- Drift, Konversion, Schichtung
- Drift: inwieweit eine bewusste politische Strategie?

Advocacy-Coalition-Ansatz



Bei diesem Ansatz geht man davon aus, dass man **Teilsysteme** betrachten soll. Da Entscheidungen in ihnen stattfinden. Unter Teilsystemen kann man zwei Dinge verstehen: zum einen die **inhaltliche/formelle** Dimension (Policy-Bereich) oder die **räumliche Dimension** (Land, Kanton, Gemeinde). Diese wiederum bestehen aus Advocacy-Koalitionen, wichtige, private oder politische Akteure die aktiv von dem Problem betroffen sind. Des Weiteren geht man davon aus das die Akteure über starke, normative Überzeugungen verfügen.

Policy Überzeugungen:

1. **Deep-Core:**

- Grundlegende, tiefe Überzeugungen (was ist die Welt? Wie ist sie aufgebaut? **Weltanschauung**. Ähnliche wie eigene Religion)
- **Sehr stabil**, keine starke Veränderung möglich

2. **Policy-Core:**

- Policy spezifisch (aber: Mehrere Policies)
- Grundsätzliche Einstellung zu den **Strategien** um Deep-Core zu erreichen.
- **Veränderbar** aber sehr schwierig, eigentlich stabil
- Immer noch recht generell, ‚in welche Richtung man Handeln möchte‘

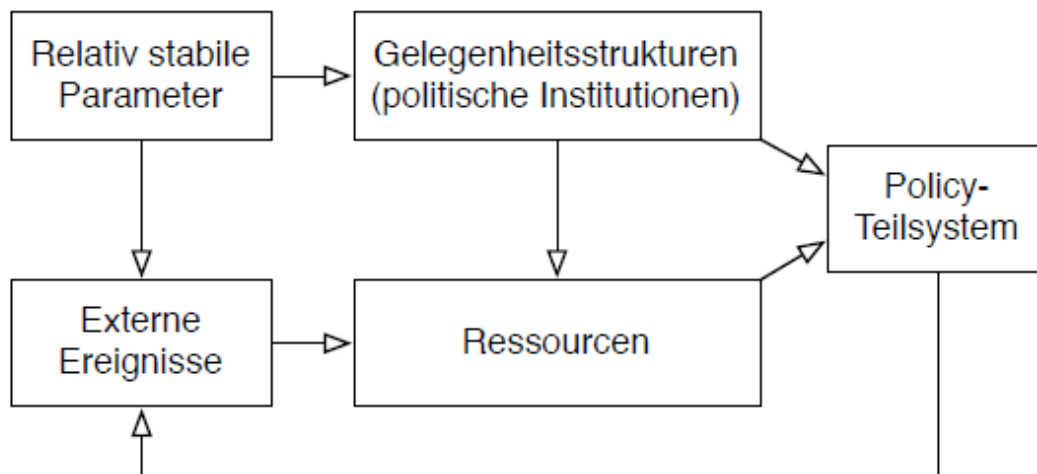
3. **Sekundäre Aspekte**

- **Instrumentell**, konkrete Massnahmen (bestimmter Policy-Bereich)
- Deutlich **Konkreter**
- **„leicht“ Veränderbar**, wenn sie nicht wirken, verändert man sie.

Advocacy-Coalition:

Eine **Gruppe** von Akteuren die eine ähnliche Weltanschauung haben und die über eine längere Zeit zusammenarbeiten um Ziele zu erreichen.

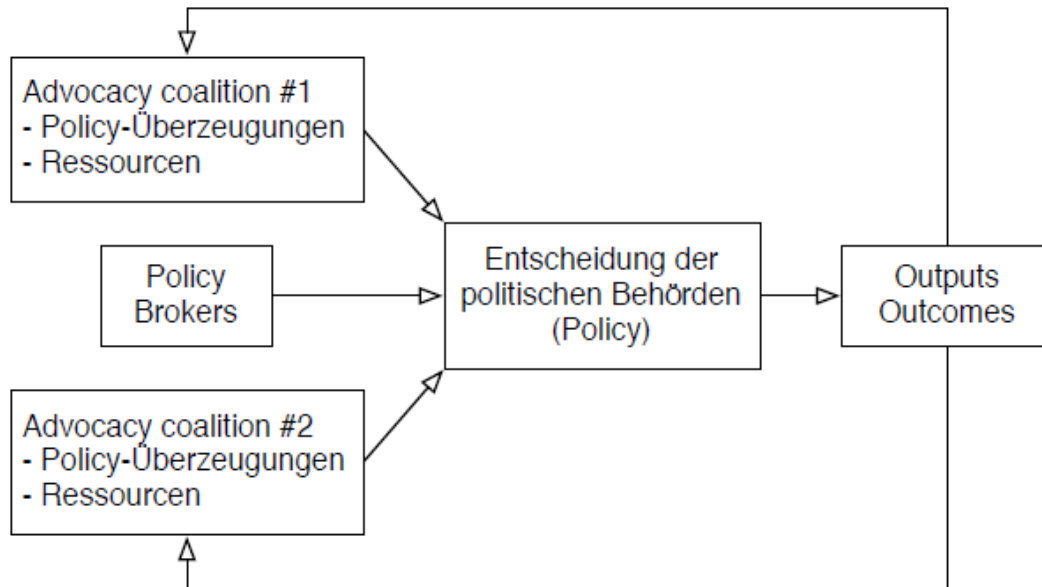
Der Fokus liegt auf längere Zeiträume und das verstehen von Policy Veränderungen über diese.



- **Stabile Parameter**: Grundsätzliche Charakteristiken des Policy-Teilbereiches, Werte und Sozialstruktur, institutionelle Regeln (Verfassung)
- **Externe Ereignisse**: Sozioökonomische Entwicklungen (Prämiensteigerung),
- **Externe Shocks** (fokussierende Ereignisse) , Outputs und Outcomes in anderen Policy-Teilsystemen.
- **Gelegenheitsstrukturen**: politische Institutionen und Vetopunkte
- **Ressourcen**: PA, Öffentliche Meinung, Information und Forschung, Mitglieder und Mobilisierung, Geld, Führung

Zoom auf Feedback-Loop:

- **Policy- Brokers**: Eine Gruppe von Akteuren deren Hauptziel den Konflikt zwischen mehreren Advocacy-Coalitions zu limitieren und in gewissen Parametern zu halten und eine ‚vernünftige‘ Lösung zu finden. Besitzen grossen Einfluss.



Es gibt **drei Faktoren** welche die Ressourcen und Überzeugungen von Advocacy-Coalitions beeinflussen können. Das **Policy-Lernen**, welches in erster Linie die sekundären Aspekte abändern kann. **Interne und externe Shocks** die, die Policy-Core Überzeugungen ändern können. Auch können **Verhandelte Abkommen** entstehen, also Einigung verschiedener Advocacy-Coalitions über Policy-Überzeugungen.

Fazit:

- Die Policy Überzeugungen spielen eine grosse Rolle
- Zeigt verschiedene Elemente einer Analyse auf
- Ein sehr umfangreiches Modell
 - + vermittelt ein vollständiges Bild, Kontext wird vertieft berücksichtigt
 - scharfe Hypothesen aber Aussagen sehr schwer, welches das ursprüngliche Ziel war

Politikevaluation

Eine Evaluation ist eine wissenschaftliche **Dienstleistung** welche systematisch und transparent einen Gegenstand bewertet. Eine Politikevaluation beinhaltet diese Dinge da sie u. A. unter Auftrag geschieht und ihr Hauptziel nicht neue Erkenntnisse sind sondern Bewertung eines politischen Gegenstandes. Sie kann **verschiedene Funktionen** haben. Sie kann eine **politische Strategie** zur Besänftigung der Massen sein aber auch eine **Wissenserweiterung**, da man Hintergrundinformationen erarbeitet. Sie kann auch zur **Verbesserung eines Gegenstandes** beitragen in dem sie die Wirksamkeit einer Policy überprüft oder als **Legitimierung der Entscheidungsträger** (Verantwortlichkeit) funktionieren.

Verortung:

	Innerhalb der Institution	Ausserhalb der Institution
Steuerung	Selbstevaluation	Fremdevaluation
Durchführung	Interne Evaluation	Externe Evaluation
Nutzung	Formative Evaluation	Summative Evaluation

Es gibt viele **verschiedene Modelle** der Politikevaluation diese können in Drei Kategorien unterteilt werden.

Effektivitätsmodelle:

- Zielorientierter Ansatz: Inwieweit werden die Ziele der Policy erreicht?
- Resultatorientierter Ansatz: Welche Wirkung hat die Policy?
- Erklärungsorientierter Ansatz: Identifizierung der kausalen Effekte und/oder Rekonstruktion der Wirkungszusammenhänge

Ökonomische Modelle:

- Produktivitätsorientiert: Maximierung der Verhältnis zwischen Output(Leistung einer Policy) und Input(Kosten)
- Effizienzorientiert: Maximierung der Verhältnis zwischen Nutzen oder Wirksamkeit einer Policy und Input(Kosten)

Akteurs-orientierte Modelle:

- Klienten-orientiert: Befriedigt die Policy die Bedürfnisse der Adressanten?
- Stake-holder-orientiert: Befriedigt die Policy alle Beteiligten und Betroffenen?

Methoden

Kann theoretisch gesamtes Spektrum von **sozialwissenschaftlichen Methoden** nutzen aber sie haben eine eklektische (abwertende) Methodenauswahl, die Generalisierung hat geringe Bedeutung und leiden unter einer engen zeitlichen und finanziellen Restriktion

Aus der Sicht des Auftraggebers gibt es **vier Phasen**:

1. Planung (Machbarkeit? Was soll evaluiert werden?)
2. Ausarbeitung des Pflichtenhefts und Auftragsvergabe
3. Durchführung und Begleitung des Evaluation
4. Berichterstattung und Verbreitung der Resultate

Es gibt eine schweizerische Evaluationsgesellschaft die Standards setzt

→ Nützlichkeit, Durchführbarkeit, Korrektheit, Genauigkeit

→ NOTIZENBLATT mit Beispielen

Fazit:

- Politikevaluation: Dienstleistung für die systematische Bewertung eines Gegenstandes

- Spezialität der Politikevaluation im Vergleich mit der wissenschaftlichen Forschung
- Starke und zunehmende Nachfrage für Politikevaluationen im öffentlichen Sektor
- Frage der Kausalität ist immer kritisch

Policy-Diffusion

Unter Policy-Diffusion versteht man den Anpassungs-, Nachzieheffekt und Trends bei Policy-Anpassung. Zum Beispiel die Legalisierung von Marijuana in den USA, zuerst waren es nur zwei Staaten und jetzt sind viele mehr über die Legalisierung am diskutieren. Solche Tendenzen können durch Monitoring und positive Berichte über den Erfolg einer neuen Policy beeinflusst werden. Der Föderalismus und die Dezentralisierung ermöglichen dies erst, da ein Staat oder Kanton etwas ‚Ausprobieren‘ kann ohne dass ein ganzes Land nachziehen muss. Dies macht es für einen Land als Ganzes beinahe risikolos und trotzdem kann Innovation angewendet werden.

Diffusion wird als solches definiert: Die Einführung einer Politik in einem Land (oder Kanton, Stadt etc.) die systematisch von früheren Entscheidungen von anderen Ländern (Kantonen etc.) beeinflusst wurde. Diffusion und Konvergenz sind nicht das gleiche, Diffusion kann aber zu Konvergenz führen. Diffusion ist offen gegenüber Resultaten.

‚Staaten als Demokratie Laboratorien.‘ → Föderalismus gut, da er Experimente erlaubt und gute Policies übernommen werden können. Übernommene Policies sind aber nicht zwingend durch Diffusion hervorgerufen, also nicht Interdependent. Bsp. wenn es beginnt zu Regnen anfangs nur wenige Regenschirme, je länger es regnet umso mehr Regenschirme werden benutzt(NICHT Independent).

Diffusions-Mechanismen

1. Lernen

- Implizit, logisch, annahmen von Rationalität
- Die Erfahrung anderer wird genutzt. Um das Risikoeinzuschätzen, Umsetzungsschwierigkeiten zu erkennen, potenzielle Lösungen der Schwierigkeiten zu finden und wahrscheinliche Konsequenzen von Policies abzuschätzen.
- ‚Man macht was funktioniert‘
- Kritik: sehr Demokratischer Begriff, man kann auch ‚schlechte‘ Dinge lernen (Prioritäten der Policy-Schaffer)
- Zwei politische Ergebnisse → ob Kausalwirkung wirklich vorhanden (‚Erfolg‘) oft schwer zu beurteilen

2. Emulation (Nachahmung)

- Policies werden wegen ihrer symbolischen und sozial-konstruierten Charakteristiken übernommen, tatsächliche Ergebnisse einer Policy egal

- Symbolische, soziale Komponente → ‚es sieht gut aus etwas zu ändern‘
- Internationale Vergleiche Verbessern oder Anpassungen in eigenen Land (nur ein Kanton anders etc)
- Endo- (Signalwirkung) oder Exogene*** Normenentwicklung

3. Wettbewerb

- Strategische Entscheidungen um ökonomische Ressourcen anzuziehen (Pauschalbesteuerung, Steuerwettbewerb)
- ‚race to the bottom/top‘

	<i>Stage 1</i> <i>Norm emergence</i>	<i>Stage 2</i> <i>Norm cascade</i>	<i>Stage 3</i> <i>Internalization</i>
<i>Actors</i>	Norm entrepreneurs with organizational platforms	States, international organizations, networks	Law, professions, bureaucracy
<i>Motives</i>	Altruism, empathy, ideational, commitment	Legitimacy, reputation, esteem	Conformity
<i>Dominant mechanisms</i>	Persuasion	Socialization, institutionalization, demonstration	Habit, institutionalization

Kalifornien-Effekt

Subtiler als Wettbewerb. Ein (grosser) Staat führt neue Standards für seine Produkte ein, eigentlich nur ein Markt betroffen aber für Firmen ist es einfacher gesamte Produktion anzupassen was somit den ganzen Markt beeinflusst. Der Effekt hat zwei Stufen: 1. Einfluss auf Produkt und somit Produktion und 2. Rückläufig Einfluss auf Gesetze anderer Länder/Staaten das es politischen Druck aufbaut (andere Länder sollten Standards auch heben)

Was als Erfolg einer Policy gewertet wird hängt von verschiedenen Faktoren ab. Bei Health-Care ist zum Beispiel, gilt eine Policy die, die Anzahl unversicherter Kinder reduziert, als Erfolgreich und wird dementsprechend eher übernommen. Aber zum Beispiel auch Kosten können ein Anreiz zur Übernahme sein, Bsp. Ausgaben reduzieren und Zahl der Versicherten erhöhen. Man geht davon aus das Politiker sich einfacher von Erfahrungen anderer beeinflussen lassen als z.B. Manager.

Bei einem Experiment (Health-Care) hat sich gezeigt das es eine Korrelation zwischen Erfolg einer Policy und der Übernahme von anderen gibt. Ausserdem scheint es kaum einen Unterschied zwischen direkten Nachbarn und Übernahme zu geben und Staaten die nicht angrenzen, hingegen geteilte Ideologien spielen einen grösseren Faktor, sie orientierten sich an Staaten mit ähnlichen Ideologien.

Fazit:

- Interdependenz → Diffusion
- Unterschiedliche Formen der Interdependenz, unterschiedliche Diffusionsmechanismen: Lernen, Wettbewerb, Emulation
- Normativen Implikationen